

Birgit Fischer

Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Jugendhilfe und Schule – Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche

Die Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Menschen, die häufig in schwierigen sozialen Verhältnissen aufwachsen, brauchen spezifische Hilfen, um ihre Zukunft eigenverantwortlich und bestmöglich zu gestalten. Gerade im Ruhrgebiet wissen wir, wie groß die Herausforderung ist, Chancengleichheit für junge Menschen herzustellen, damit sie optimistisch in die Zukunft blicken können. Das Land hat deshalb zahlreiche Projekte angestoßen, die die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule festigen und die gleichzeitig benachteiligte Jugendliche besonders fördern.

Wir wissen: Je frühzeitiger wir handeln, umso eher verhindern wir, dass sich Defizite festsetzen. Hier kommen wir ohne spezielle präventive Programme nicht aus. Wir brauchen neue Arbeitsformen im Sinne eines Pro-Aktivansatzes.

Auch das Programm des Bundesjugendministeriums „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ setzt hier an. Es ist ausgesprochen innovativ und bietet Hilfe und Unterstützung direkt im sozialen Raum – dort wo junge Menschen leben und aufwachsen. Es ist hier gelungen, neue Wege der Förderung und Kooperation im örtlichen Verbund zu gehen. Gleichzeitig konnten viele Hemmnisse abgebaut werden.

Die Kinder- und Jugendhilfe, und hier insbesondere die Schulsozialarbeit, hat sich erst vor wenigen Jahren dem Problem der Prävention in und mit der Schule gestellt. Der Handlungsdruck ist in den 90er Jahren erheblich gewachsen. Zugleich ist die Schule – oder besser gesagt – sind einzelne Lehrer/innen auf die Jugendhilfe zugegangen. Denn mit ihren Möglichkeiten allein ließen sich Probleme von Schulverweigerern nicht lösen. Die Jugendhilfe hatte sich bis dahin eher auf den Übergang von der Schule in den Beruf konzentriert. Und dies in der Regel im Rahmen der klassischen Jugendsozialarbeit. Folgerichtig lag der Schwerpunkt der Förderprogramme auf der nachschulischen Phase.

So richtig und unverzichtbar diese Hilfe auch heute noch ist: In der Praxis zeigte sich zunehmend, dass langzeitarbeitslose Jugendliche be-

reits in der Mitte der Schulzeit deutliche Brüche in der persönlichen Lebensgeschichte und erhebliche Lernprobleme hatten. Diese Jugendlichen kamen ganz einfach nicht mehr zur Schule. Hinzu kam, dass die Lernprobleme benachteiligter Jugendlicher deutlich anstiegen, während die Integrationsbemühungen zunehmend scheiterten.

Um diese Problematik wirksam anzugehen, mussten neue Wege in der Schulsozialarbeit gefunden werden. Denn gerade bei schulmüden Jugendlichen und Schulverweigerern kommt es auf eine frühzeitige und schnelle Hilfe an. Je mehr Misserfolge sie erleben, umso stärker entwickelt sich bei ihnen eine Verweigerungshaltung, bis hin zu Ohnmachtsgefühlen.

Die Ursachen für diese Entwicklungen sind außerordentlich komplex. Da ist zunächst der gesellschaftliche Wandel und die grundlegenden Veränderungen von Kindheit und Jugendphase. Er trifft besonders diejenigen, die nicht über die erforderlichen Ressourcen materieller, sozialer und individueller Art verfügen. Gerade hier können wir in den letzten Jahren beobachten, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet.

Jedes achte Kind mit Migrationshintergrund und jedes zwölfte deutsche Kind muss heute von Hilfe zum Lebensunterhalt leben. Gerade sie erfahren Ausgrenzungen und Belastungen in vielerlei Hinsicht: In Bildung und Erziehung oder in ihrer gesundheitlichen Versorgung. Viele Grundbedürfnisse werden nicht befriedigt. Häufig prägen dann auch noch Vernachlässigung und Gewalterfahrung ihre Biografie.

Wir erleben aber auch, dass Familie und das soziale Umfeld immer weniger in der Lage sind, Kinder entsprechend zu fördern. Eltern sind oft überfordert, mit Benachteiligungen umzugehen. In der Öffentlichkeit erfahren Kinder mit ihren Problemen erst recht keine Beachtung; oder sie werden ausschließlich in ihrem abweichenden Verhalten wahrgenommen. Nicht ihre Kompetenzen, sondern ihre Schwächen sind Gegenstand der Beurteilung. Dabei wird jedoch übersehen, dass sie in einer sozialen Situation leben, die Benachteiligung und soziale Ausgrenzung begünstigt.

Wir wissen, dass ungünstige Lebensbedingungen, die bereits seit früher Kindheit erlebt werden, die Startchancen und Integrationsmöglichkeiten in die Berufswelt erschweren. Sie wirken gewissermaßen „nachhaltig“ negativ. Wenn sich bereits die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ in den Köpfen der Jugendlichen festsetzt und zugleich individuelle Lösungsstrategien überwiegen, dann muss das zu erheblichen Enttäuschungen bei den Betroffenen führen. Deshalb besteht ein enger Zusammen-

hang zwischen dem Versagen des Arbeitsmarktes, der den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt nicht mehr sichern kann, und der zunehmenden Lernverweigerung.

Wir haben es hier mit einer Spirale von Benachteiligung und Ausgrenzung zu tun, aus der mit eigener Kraft allein nicht herauszukommen ist. Soziale Benachteiligung macht sich jeweils individuell fest. Sie ist aber weder ein individuelles noch ein familiäres, sondern ein gesellschaftliches Problem.

Gerade die aktuell von der OECD vorgelegte PISA-Studie belegt, welche Folgen soziale Benachteiligungen für Jugendliche haben können. Die Studie weist Deutschland im internationalen Vergleich einen der hinteren Plätze hinsichtlich der Schreib-, Lese- und Mathematikkompetenz 15-jähriger Schüler/innen zu.

Dabei haben – trotz intensiver Bemühungen und zahlreicher neuer Konzepte – vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund besondere Schwächen. In Deutschland gelingt die Integration weniger als in anderen europäischen Ländern. Die Forderung, frühzeitig – das heißt bereits im Kindergarten – mit der Sprachförderung zu beginnen und sie zu intensivieren, ist sicher richtig. Allein dieser Ansatz wäre aber eine Verkürzung angesichts der notwendigen Maßnahmen.

Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit sind ebenso gefordert, Voraussetzungen für die betroffenen Schüler/innen zu schaffen, damit sie an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Andernfalls sind Integrationschwierigkeiten vorprogrammiert. Das ist zugleich eine besondere Anforderung an das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule. Denn das unterschiedliche Bildungsverständnis, vor allem aber methodische bzw. didaktische Ansätze – eine besondere Stärke der Jugendhilfe – kann die Schule sinnvoll ergänzen. Der Jugendhilfe geht es ja nicht nur um die kognitiven Fähigkeiten, sondern auch um soziale Kompetenz und um Anwendungskompetenz.

Wir brauchen deshalb Lösungskonzepte der öffentlichen Institutionen von Erziehung und Bildung – im Übrigen auch für Schulverweigerer. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits eine Vielzahl von Projekten. Erkennbar sind dabei zwei Tendenzen:

- (1) Eine Profession allein kann die Probleme nicht lösen. Es bedarf vielmehr eines systematischen Zusammenwirkens verschiedener Professionen.
- (2) Bestehende Benachteiligungen zu überwinden bedeutet, bereits im frühen Kindesalter die erforderlichen Angebote zu machen.

In Nordrhein-Westfalen entwickeln wir des-

halb ein Frühwarnsystem. Es zielt darauf ab, soziale Deprivationsprozesse frühzeitig zu erkennen und schnell präventiv zu handeln. Denn je mehr sich Defizite verfestigt haben, desto schwieriger – und auch teurer – wird es, diese anzugehen. Hier setzen wir vor allem auch darauf, dass beide öffentliche Erziehungs- und Bildungssysteme noch stärker zusammenwirken. Dies umso mehr, als dass auch die neue Bildungsdiskussion deutlich macht, dass Benachteiligungen so früh wie möglich aufgefangen werden müssen.

In einer Kommunikations- und Wissensgesellschaft bestimmt das Maß, das jeder Einzelne an Bildung hat, über Zukunftschancen. Bildung – und hier gebe ich dem Bundesjugendkuratorium Recht – entscheidet „mehr und anders als früher über Lebenszusammenhänge und die Teilhabechancen und ist der Schlüssel einer zukunfts-offenen, sozialen und ökonomisch erfolgreichen Entwicklung von Gesellschaft und Individuen.“

Dabei ist Bildung mehr als die reine Vermittlung von Wissen. Sie ist im Sinne von persönlicher und gesellschaftlicher Bildung die Grundlage für jeden Einzelnen, sich soziokulturell weiter entwickeln zu können. Sie ist zugleich die Basis, um in der auf Konkurrenz und Wettbewerb angelegten Wirtschafts- und Arbeitsgesellschaft erfolgreich mithalten zu können. Dazu gehört auch, lebenslanges Lernen als selbstverständliche Bedingung anzuerkennen. Bildung ist ein wichtiger Baustein, um Ausgrenzungsprozesse zu vermeiden und benachteiligten Kindern Perspektiven zu geben. Denn die erworbenen grundlegenden Fähigkeiten erleichtern diesen Kindern den Umgang mit weiteren Anforderungen des Bildungs- und Berufssystems.

Bildung hat darüber hinaus aber auch eine politische Funktion. Sie ist Voraussetzung für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Gesellschaftspolitisch ist sie die Basis für den Bestand der demokratischen Kultur, für die Tragfähigkeit des sozialen Zusammenhangs, der Solidarität und der Akzeptanz unserer zentralen Werte und Regeln.

In unserer Gesellschaft hat Schule die Funktion, Wissen und Bildung zu vermitteln. Das ist wichtig und richtig. Es ist aber offensichtlich, dass Schule mit ihren Möglichkeiten allein kaum geeignete Hilfeansätze für benachteiligte Jugendliche entwickeln kann. Sie hat da ihre Grenzen, wo es um ein anderes Lernen geht. Das ist kein Versagen von Schule, vielmehr ist es eine Anforderung an Schule, sich zu verändern. Inzwischen wurden zahlreiche Ansätze in der Jugendhilfe – häufig auch in gemeinsamen Projekten mit den Schulen – entwickelt. Sie helfen mit anderen Methoden als Schule sie hat,

Lernbereitschaft neu zu wecken, zu motivieren. Und sie wirken vor allem einer dauerhafte Desintegration entgegen.

Alle Erfahrungen zeigen, dass das Zusammenwirken beider Bereiche zwingend ist. Nicht nur aus rechtlicher Sicht, denn für die Schulpflicht trägt die Schule die Verantwortung. Auch deshalb, weil Jugendhilfe mit ihren spezifischen Methoden zwar helfen kann. Sie kann aber nicht an die Stelle von Schule treten.

Für Jugendhilfe und Schule bedeutet das, dass sie sich aus ihren Strukturen herauslösen und Teil eines Gesamtverständnisses von Bildung und Erziehung werden müssen. Hierbei geht es auch um neue soziale Strukturen, vor allem aber geht es um ein Netzwerk. Nur so kann Schulverweigerern wirksam geholfen werden. Für beide Bereiche ist dies kein selbstverständlicher und auch kein einfacher Prozess. Die Jugendhilfe, zumindest Teile von ihr – die ja die Kooperationsverpflichtung in § 81 SGB VIII aufgetragen bekommen hat – hat aufgrund ihrer Spezialisierung und differenzierten Binnenstruktur Schwierigkeiten, sich gegenüber Schule vorbehaltloser und offensiver einzubringen.

Für die Schule bedeuten diese Prozesse, dass sie eine erhöhte Verantwortung als Erziehungsinstitution einnimmt und nicht so bleiben kann, wie sie ist. Vielmehr muss sie sich öffnen und andere Institutionen in ihre Räumlichkeiten hineinlassen. Sie muss Lernen und Aneignen von Kenntnissen in einem ganzheitlichen Verständnis ermöglichen. Dies führt zwangsläufig zu einer stärkeren Öffnung und zu einem Abbau bestehender klassischer Grenzen. Dies entspricht auch ihrer wachsenden Bedeutung als „Sozialisationsagentur“.

Bereits der 8. Jugendbericht der Bundesregierung hatte diese Perspektiven im Blick und sah als Konstruktion die „sozialpädagogisch orientierte Schule“ vor, die von der Jugendhilfe mit eigenen Angeboten unterstützt wird, ohne eine Alternative für die Angebote der Jugendhilfe zu werden. Bei der Beurteilung der in der Praxis gemachten Erfahrungen seitens der Jugendhilfe gibt es erfahrungsgemäß ganz unterschiedliche Reaktionen und Einschätzungen. Sie zeigen eine große Spannbreite in einer Bewertungsskala auf. Die Jugendhilfe nimmt die an der Kooperation beteiligten Lehrer/innen durchaus als engagiert wahr. Das „System Schule“ aber wird als übermächtig und kooperationsresistent erfahren. Dem gegenüber weist die Schule auf das mangelnde Verständnis der Jugendhilfe für den Schulalltag hin und auf die heimliche oder offene Unterstellung, die Schule sei für das Lernversagen von Schüler/innen direkt verantwortlich.

Gegenseitige Vorwürfe tragen aber kaum. Sie

sind weder hilfreich noch zielführend. Wir müssen vielmehr daran arbeiten, dass auch die Jugendhilfe Vorurteile im Verhältnis zur Schule abbaut. Ihre eigene Position ist unscharf, ihr Bild von Schule oft undifferenziert und realitätsfern. Die eigene Funktionsbestimmung lässt oftmals klare Zielbestimmung und Nachvollziehbarkeit vermissen.

Überwunden werden muss also das mangelnde, bzw. das wenig ausgeprägte Wissen über Situationen, Kompetenzen, Veränderungspotenziale und Handlungsoptionen des jeweiligen Partners. Dann lösen sich auch Vorbehalte auf, die aus der jeweiligen Interessenslage des Einzelnen abgeleitet werden. Dies ist kein einfacher Prozess, denn beide Systeme verfügen über Subsysteme, die schwer kalkulierbar sind.

So ist die Jugendhilfe für die Schule z.T. schwer durchschaubar, und ihre Handlungsmöglichkeiten sind nur unzureichend absehbar. Gerade die Aufteilung der Jugendhilfe in öffentliche und freie Träger, die unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte oder eine andere Binnenstruktur, die von eigenständig Agierenden geprägt ist, wird von Schule häufig nicht in ihrer ganzen Dimension durchschaut.

Mittlerweile haben wir aber ein Vielzahl positiver Beispiele, die zeigen, dass konstruktives Zusammenwirken möglich ist und dass Hemmschwellen überwunden werden können. Damit Kooperation gelingt, sind aus meiner Sicht drei Dinge notwendig:

Erstens müssen die verschiedenen Interessen und Ziele präzisiert werden, es muss ein Interessenabgleich vorgenommen werden.

Zweitens müssen beide Seiten die Inhalte und Aufgabenzuweisungen des gemeinsamen Projekts definieren und akzeptieren, also Zielvereinbarungen treffen.

Und drittens muss eine verbindliche (nicht zufällige) Kommunikations- und Verständigungsstruktur geschaffen werden.

Nur so kann eine Kooperation auf „gleicher Augenhöhe“ hergestellt und dauerhaft gesichert werden. Eine so verstandene Kooperation ist ein Prozess. Er ergibt sich nicht zwangsläufig und er kann vor allem nicht „top down“ verordnet werden. Rechtliche Vorgaben, Verbindlichkeiten oder Organisationsvorschriften helfen hier nur bedingt. Kooperation ist vielmehr das Ergebnis langwieriger Überzeugungsarbeit. Sie setzt bei den Beteiligten die Einsicht und Erfahrung voraus, dass am Ende alle von ihr profitieren. Hier ist auch die Erleichterung der eigenen Arbeit ein legitimes Interesse. Ziel muss es sein, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Kooperationen zu schaffen. Dazu müssen Strategien entwickelt werden, die die bestehende strukturelle Diskrepanz

zwischen den verschiedenen Bereichen überwinden helfen.

Unterschiedliche Strukturen sind auch die Ursache für unterschiedliches Denken. Aus der Sicht der Jugendhilfe wird die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen auf örtlicher Ebene im Rahmen der Jugendhilfeplanung oder von Förderentscheidungen in parlamentarischen Gremien entschieden.

Die Schule dagegen ist in der hierarchischen Struktur des Schulwesens mit einer starken Stellung des zuständigen Kultusressorts eingebunden. Sie muss ihre Aktionen von der Zustimmung des Kultusressorts abhängig machen. Durch die neue Sichtweise auf die „Einzelschule“, wie sie in dem Modell einer selbstständigen Schule in NRW oder auch in Hessen zum Ausdruck kommt, können neue Handlungsoptionen aus der Sicht der Schule entwickelt werden. Dahinter verbirgt sich eine große Chance.

Kooperation ist immer auch eine Beziehung zwischen Menschen. Dennoch brauchen sie auch zu ihrer eigenen Rechtfertigung und Absicherung einen rechtlichen Handlungsrahmen, der ihnen die Sicherheit gibt, dass Kooperationen auch Teil ihres Alltags ist. Solche verbindlichen Strukturen können in einem Prozess entstehen, der jedoch initiiert und organisiert werden muss. Beispiele in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass professionelle Kooperationsbeauftragte genauso wichtig sein können wie Projektbeauftragte an Schulen oder in Schulverwaltungssämtern. Hilfreich sind auch Verantwortliche, die schulformübergreifend handeln oder aber ein flächendeckendes Netz von Ansprechpartner/innen im schulischen Bereich. In NRW arbeiten zurzeit die beiden zuständigen Ressorts der Landesregierung daran, diese Netzwerke aufzubauen.

Wir haben darüber hinaus gute Erfahrungen mit dem Programm „Lehrer mit besonderem Zeitbudget“ gemacht. Dieses Programm zielt darauf ab, Lehrerstunden frei zu geben. Lehrer/innen, die ein besonderes Interesse an Kooperation, an Projektarbeit oder an anderen Formen außerunterrichtlichen Lernens haben, können diese Stundenkontingente für sich nutzen. Sie können die Aufgaben dann kontinuierlich und systematisch wahrnehmen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten können sie Projektziele formulieren, Schnittmengen benennen und Konsense bilden. Sie können Konzepte erstellen, die Ergebnisse evaluieren und gemeinsame Fortbildungen initiieren.

Die zahlreichen Beispiele aus der Praxis zeigen im Ergebnis zwei Gruppen, bzw. zwei Erfahrungen: Einerseits ist es mit Hinweis auf die fehlenden Grundlagen für das Zusammenwirken – i.d.R. bei der Schule – in einigen Fällen

zum Scheitern von Kooperationsbeziehungen gekommen. Andererseits ist es aber im überwiegenden Teil der Versuche inzwischen zu sehr erfolgreichen Projekten gekommen.

Zwei Projekte möchte ich dabei besonders herausheben, weil sie vor allem für die frühzeitige Förderung von Benachteiligten wichtig sind:

Seit 1999 werden in Nordrhein-Westfalen dreißig Schulmüdenprojekte durchgeführt. Diese ermöglichen es Schulverweigerern, die keine Chance mehr auf einen regulären Abschluss haben, ihre Vollzeitschulpflicht in Kooperationsprojekten von Jugendhilfe und Schule zu beenden. Hier erhalten sie einen kombinierten Unterricht aus Werkpädagogik und schulischen Inhalten verbunden mit intensiver sozialpädagogischer Betreuung. In diesen Projekten gelingt es, die Lernbereitschaft der Jugendlichen neu zu motivieren und ihnen Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Seit 2001 wird das Projekt Beruf und Schule (BUS) durchgeführt. Hier erhalten Jugendliche, die zwar voraussichtlich den Schulabschluss nicht schaffen, aber nicht zur Gruppe der harten Schulverweigerer gehören, die Möglichkeit, ihr letztes Schuljahr zeitweise in der Schule und zeitweise im Rahmen eines betrieblichen Praktikums zu absolvieren. Hierfür werden in der Schule spezielle Lerngruppen gebildet. Ziel des Projekts ist es, über den Zugang zur Arbeitsrealität den Jugendlichen neue Perspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig haben Betriebe die Möglichkeit, Jugendliche kennen zu lernen, die in normalen Bewerbungsverfahren um Ausbildungsplätze keine Chance hätten. Wir versprechen uns von der Umsetzung des Projekts eine Verbesserung der Integrationschancen dieser Zielgruppe. Das Projekt wird in Kooperation von Jugend-, Schul- und Arbeitsministerium durchgeführt.

Insgesamt lässt sich bei der Bewertung der verschiedenen Praxisansätze festhalten, dass sich die Kooperationen insbesondere auf drei Schultypen konzentrieren: die Grundschule (im Rahmen der Ganztagsbetreuung) und die Haupt- und Sonderschulen (hier in breiterem Umfang). Realschulen und Gymnasien haben dagegen kaum Beziehungen entwickelt. Hier bedarf es noch intensiver Anstrengungen. Trotz aller positiven Beispiele und der Erkenntnis, dass Kooperationen mit der Jugendhilfe auch zu einer Entlastung der Lehrer/innen führen können, ist sie immer noch nicht selbstverständlich. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass Lehrer/innen heute immer noch nur auf ihr System hin ausgebildet werden.

Allerdings stimmt die jüngste Entwicklung optimistisch: In dem Maße, in dem Schule als „Einzelschule“ entdeckt wird, muss sie sich

auch um Attraktivität bemühen. Ganztagsbetreuung und Schulumüdenprojekte werden auch Schulen nachhaltig verändern. Dazu muss sie sich als Lernort verändern und ihre Stellung im Gemeinwesen, aber auch innerhalb einer sozialen Struktur ausbauen. Damit dies gelingt, bedarf es offensiver Regelungen in den Schulgesetzen der Länder. Und es bedarf noch vieler neuer Impulse wie diese, die von diesem Fachforum ausgehen werden.